

Bayerische Landeszahnärztekammer:

Ärzteprotest aus gutem Grund

Am 30. Januar 2008 hat der Bayerische Hausärzterverband eine bayernweite Protestveranstaltung für die bayerischen Hausärzte organisiert. „Wir verstehen die Sorgen und Nöte der Hausärzte. Sie wollen für ihre Zukunft und für eine angemessene Patientenversorgung außerhalb des GKV-Systems kämpfen. Das kann von uns nur unterstützt werden“, so Michael Schwarz, Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer. Die Hausärzte kritisieren eine „EBM-Punkte-Inflation“ statt leistungsgerechtem Honorar. Sie sehen die Existenz ihrer Praxen gefährdet und sie fühlen sich von den Kassenärztlichen Vereinigungen nicht ausreichend vertreten. Auch die Zahnärzteschaft spürt die stei-

gende Einflussnahme des Staates auf das Gesundheitswesen. Gerade im Bereich der Heilberufe gibt es immer mehr Bürokratie zu bewältigen. Dies ist aber nur ein Grund dafür, warum sich die Arbeitsbedingungen für die Zahnärzte zunehmend verschlechtern würden. Guter Leistung würde keine angemessene Honorierung mehr zuteil. Bei der vom BGM angekündigten „neuen“ Gebührenordnung für Zahnärzte ist davon auszugehen, dass Leistungen der Zahnärzte künftig geringer honoriert werden – und dies bei gleichem oder zusätzlichem Leistungsumfang. „Wenn der Gesundheitsfonds 2009 tatsächlich kommt, droht nochmals ein Honorarabsturz. Es steht zu befürchten, dass 1,5 Milliarden

Euro aus Bayern in andere Länder abfließen. Dieses Geld fehlt vor Ort den Krankenkassen, es fehlt damit den Patienten, Ärzten und Zahnärzten. Damit wird zwangsläufig die Versorgung unserer Patienten gefährdet. Das trifft uns alle hart“, so Schwarz. Als besonders schmerzhaft und einschneidend wird zudem aus Sicht der Zahnärzte bewertet, dass die Krankenkassenbeiträge weiter steigen werden. Prognostiziert wird derzeit eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,7 Punkte auf 15,5 Prozent. „Dies schadet den Bürgerinnen und Bürgern. Es wirkt sich aber auch negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Im Gesundheitsbereich werden nicht nur Praxisinhaber in ihrer Existenz bedroht. Es stehen Arbeitsplätze von Abertausenden von Menschen auf dem Spiel“, so Schwarz. (www.blzk.de)

Hausmann Cartoon



EU-Kommission:

Öffnung der Gesundheitsmärkte

Gesundheitskommissar Markos Kyprianou ist entschlossen, seine umstrittene Richtlinie zur „Patientenmobilität“ noch in der laufenden Legislaturperiode bis 2009 auf den Tisch zu legen. Gleichzeitig trägt Kyprianou aber dem heftigen Widerstand aus einzelnen EU-Staaten Rechnung und machte inhaltlich einige wichtige Konzessionen. Dem geplanten Entwurf zufolge soll sich die EU in Richtung von „Patienten ohne Grenzen“ entwickeln. Die Kommission argumentiert mit dem EU-Grundprinzip der Freizügigkeit: Ländergrenzen dürfen bei der Wahl von Dienstleistungen keine Rolle spielen. Das hat bereits der Europäische Gerichtshof wiederholt gefordert. Einige Mitgliedsstaaten verweisen allerdings darauf, dass die EU in der Gesundheitspolitik keine Befugnisse hat. Unter diesem Druck ist Kyprianou von seinem Ideal mittlerweile schon ein Stück abgekommen. Dieses lautete: Jeder Patient kann sich EU-weit bei dem Arzt oder in dem Krankenhaus behandeln lassen, wo er will – zu denselben finanziellen Bedingungen wie daheim. Nun muss der Patient vor einer Behandlung in einem anderen EU-Land die Genehmigung seines Chefarztes oder der chefarztlichen Stelle seiner Krankenkasse einholen. Eine Ausnahme bilden akute Fälle, in denen sofort Auswärtsbehandlung beansprucht werden kann. (http://diepresse.com)